



Handels- und Industrieverein des Kantons Schwyz



Urschweizerischen Werten verpflichtet: Tellico Gruppe, die Spezialistin für die berufliche Vorsorge

# AUSLESE

# Adressen H+I Kanton Schwyz

## H+I-Präsident:

Ruedi Reichmuth  
lic. iur. HSG, Rechtsanwalt  
Convisa AG, Unternehmens-,  
Steuer- & Rechtsberatung  
6431 Schwyz  
Tel. 041 819 60 60  
Fax 041 819 60 69  
praesident@h-i-sz.ch  
ruedi.reichmuth@convisa.ch

## H+I-Geschäftsführer:

Roman Weber  
lic. iur. Rechtsanwalt  
Anwaltskanzlei Weber  
Gersauerstrasse 7  
Postfach 618  
CH-6440 Brunnen  
Tel. 041 820 34 44  
Fax. 041 820 34 55  
info@h-i-sz.ch

## Kasse:

Schwyzner Kantonbank  
Tel. 041 819 41 11  
Fax 041 819 41 27

## Für die H+I-AUSLESE nehmen in den einzelnen Regionen gerne Meldungen entgegen:

Schwyz–Brunnen–Steinen–  
Küssnacht–Gersau–Arth–Goldau:  
Roman Weber  
Tel. 041 820 34 44  
info@h-i-sz.ch

March, Höfe, Einsiedeln:  
Georges Kaufmann  
Tel. 055 410 11 69  
georg.kaufmann@winterthur.ch

## Gesamtverantwortung

für die H+I-Auslese  
(Herausgabe und Redaktion):  
Sekretariat H+I  
Redaktion Teil «SZ»:  
Franz Steinegger, Schwyz  
Tel. 041 819 08 76  
Abschlussredaktion:  
RA Dr. iur. Reto Wehrli, Schwyz  
Tel. 041 811 80 80  
Satz, Druck, Spedition:  
Bruhin AG, druck | media,  
Freienbach  
Tel. 055 415 34 34  
www.bruhin-druck.ch

## Sekretariat Wirtschafts- wochen:

Georg Stäheli  
Treuhandbüro  
Kirchstrasse 42  
Postfach  
8807 Freienbach  
Tel. 055 415 78 00  
Fax 055 415 78 01  
g.staeheli@staeheli-treuhand.ch

## Inhaltsverzeichnis

### SZ

Wirtschaftsmeldungen ..... 4–6

### Aktuell

Binnenkonjunktur stützt Schweizer  
Wirtschaft inmitten Euro-Rezession ..... 6–8

### Themen

Bericht zu den ökologischen Fehlanreizen  
im Steuer- und Subventionssystem ..... 9

Service public, Grundversorgung:  
nicht gerechtfertigte Aufregung ..... 10–11

webiplus – mit Weiterbildung zum Erfolg ... 11

Marktöffnung im Schweizer Postmarkt:  
Strukturwandel in (zu) kleinen Schritten ..... 12

Sponsorensite ..... 13

Index ..... 14

### Kommentar

Voraussetzungen für die  
kommenden Generationen schaffen ..... 15

## Vertrauen – ein wichtiges und zu bewahrendes Gut



Andreas Kümin  
Inhaber Mc PaperLand

In der sich schnell verändernden Zeit, in der wir leben, sollte man sich immer wieder einmal Gedanken über das Thema Vertrauen – und besonders den Wert von Vertrauen für unsere Wirtschaft und Gesellschaft – machen.

Gerade in der Zusammenarbeit mit internationalen Firmen oder Führungspersonen glaube ich persönlich festgestellt zu haben, dass das Vertrauen, so wie viele von uns das aus der Vergangenheit gewohnt sind, an Stellenwert verloren hat. Stattdessen werden Anwälte oder interne Rechtsabteilungen beauftragt, umfangreiche Vertragswerke zu erarbeiten, um jeden nur erdenklichen Fall rechtlich und vor allem schriftlich geregelt zu haben.

Selbstverständlich gibt es viele Angelegenheiten, die nur mit bis in jedes Detail ausgehandelten Verträgen geregelt werden können. Schade ist nur, wenn «die Vernunft als Massstab» für unser gewohntes Handeln, bei dem Vertrauen ein wichtiger Bestandteil ist, dabei immer mehr auf der Strecke bleibt. Vertrauen war und ist aus meiner Sicht für jede Partnerschaft eine der wichtigsten Voraussetzungen.

Eine wichtige Frage zu diesem Thema ist, wie langfristig eine Partnerschaft oder eine Zusammenarbeit geplant wird. Sind die Zeithorizonte der beiden Partner unterschiedlich, birgt dies viel Potential für Missverständnisse, Unmut oder rechtliche Auseinandersetzungen. Hat Vertrauen also in gewissen

Fällen ein Ablaufdatum? Gilt es darum frühzeitig oder permanent vertrauensfördernde Massnahmen zu treffen, damit man nicht in die Situation kommt, dass unverhofft ein wichtiger Partner das aufgebaute Vertrauen untergräbt oder aufkündigt?

Unzählige Sprüche wie zum Beispiel «Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser» oder «auf Vertrauen kann man bauen» sollen uns den Weg weisen, wie man mit Vertrauen umgehen könnte. Wahrscheinlich aber gibt es keine Strategie, die immer anwendbar ist. Ein gesundes Vertrauen in die eigenen Menschenkenntnisse und ein gutes Bauchgefühl sind meine persönlichen Massstäbe.

Dass gebrochenes – oder nicht mehr gewährtes Vertrauen zu grossen Enttäuschungen und vielleicht finanziellen Engpässen führen kann, ist uns sicher allen bewusst. Ich bin aber überzeugt, dass der richtige Umgang mit Vertrauen immer auch ein wichtiger Erfolgsfaktor war und in Zukunft sein wird.

Ich wünsche mir, dass wir alle noch viele positive und möglichst wenig negative Erfahrungen zum Thema Vertrauen machen werden.

Mit herzlichen Grüssen

Andreas Kümin

### **Schwyzer Wirtschaft verliert zwei Persönlichkeiten**

Am 1. Juni ist Carl Elsener, Seniorchef der Victorinox, im Alter von 91 Jahren verstorben. Elsener prägte mit seinem jahrzehntelangen Schaffen die Firma stark. Sein Wirken ist beeindruckend. Während über 70 Jahren hat er seine ganze Kraft dem Unternehmen, den Mitarbeitern und dem legendären Produkt gewidmet. Er repräsentierte die dritte Generation der Victorinox und arbeitete bis ins hohe Alter in der Firma mit. Als Carl Elsener in der Victorinox begann, arbeiteten in Ibach 80 Mitarbeiter. Mittlerweile sind es weltweit 1800. Die Elseners sind als soziale Arbeitgeber bekannt, Profit war nie das Wichtigste. Mit ihm verlieren die Victorinox und die ganze Region Innerschwyz eine bedeutende Persönlichkeit mit einer grossen Schaffenskraft, die massgeblich zur guten wirtschaftlichen Entwicklung des inneren Kantonsteils beigetragen hat.

Am 5. Juni starb Andreas Langenegger kurz nach seinem 46. Geburtstag an einem Hirninfarkt. Langenegger war seit dem 1. Januar 2009 Mitglied der Geschäftsleitung der Schwyzer Kantonalbank und Leiter des Geschäftsbereichs Privat- und Firmenkunden. Per 1. Juli 2012 wurde er zum Stellvertreter des CEO ernannt.

### **Kantonalbank legt Strategie 2014 bis 2018 vor**

Die Schwyzer Kantonalbank (SZKB) hat die strategischen Leitplanken für die Jahre 2014 bis 2018 festgelegt. Dabei setzt sie auf Kontinuität. Peter Hilfiker, Vorsitzender der Geschäftsleitung, erklärte am 19. Juni, dass mit dem Ausbau des Online-Kanals sowie dem Ausbau des Kundenzentrums, der Filialen im Mythen- und Seedamm-Center sowie der Schaffung von fünf Gewerbekundenzentren in den Marktregionen Einsiedeln, Küssnacht, Pfäffikon, Schwyz und Siebnen sich die SZKB den veränderten Kundenbedürfnissen anpasse. Ein weiteres Schwergewicht lege die SZKB auf zusätzliche Angebote und Dienstleistungen im Private Banking. Da immer mehr Kunden ihre Bankgeschäfte ausserhalb der Filialen und der ordentlichen Öffnungszeiten tätigen und die Schaltertransaktionen rückläufig sind, hat sich die Kantonalbank entschieden, vier Filialen zu schliessen und das Online-Angebot auszubauen. Betroffen von den Schliessungen sind die Filialen in Seewen, Ibach, Immensee und Freienbach und damit 12 Stellen. Den betroffenen Mitarbeitern wird eine andere Stelle im Betrieb angeboten.

### **1,7 Mio. an Schlechtwetterentschädigungen ausbezahlt**

Die Schlechtwetterentschädigung an Betriebe schwankt naturgemäss sehr stark von Jahr zu Jahr. 2010 zahlte die kantonale Arbeitslosenversicherung aus dem Ausgleichsfonds an 55 Betriebe 1,56 Mio. Franken, 2011 waren es lediglich 140 000 Franken (16 Betriebe) und 2012 machte die Schlechtwetterentschädigung 2,23 Mio. Franken aus. Im laufenden Jahr sind es in den ersten sechs Monaten bislang 1,7 Mio. Franken. Ein wetterbedingter Ausfall liegt dann vor, wenn ein Arbeitsausfall entsteht, der auf einen ungewöhnlichen Wetterverlauf zurückzuführen ist, der den Betrieb nachweislich stilllegt oder erheblich einschränkt. Meist sind die Ursachen intensiver Schneefall oder klirrende Kälte. Betroffen sind in erster Linie Bauunternehmen aber auch Skigebiete. Wegen zu grosser Hitze wurde bislang noch kein einziges Gesuch eingereicht, nicht einmal im Hitzesommer 2003.

### **Einsiedeln sucht Wirtschaftsförderer**

Der Bezirk Einsiedeln will gezielt Wirtschaftsförderung betreiben. Dazu wird nun eine Fachkraft für diese Aufgabe gesucht. Der künftige Einsiedler Wirtschaftsförderer soll diese neue Stelle in Zusammenarbeit mit dem Bezirksrat und dem kantonalen Amt für Wirtschaftsförderung auf- und auszubauen sowie die operative Leitung übernehmen, heisst es im Stellenprofil. Als zentrale Aufgabe wird umschrieben, dass dieses Mandat einerseits den Kontakt zu bereits ansässigen Unternehmen zu pflegen und zu neuen Unternehmen zu knüpfen hätte. Auch ist ein professioneller «Rundum-Service» vorgesehen. Ausdrücklich wird als Aufgabe erwähnt, dass der Hauptstrasse von Einsiedeln gefördert werden soll. Die Stelle ist als 50-Prozent-Teilpensum ausgeschrieben.

### **FDP fordert weitere Steuerprivilegien**

Unternehmen sollen im Kanton Schwyz weitere Steuererleichterungen erhalten. Die FDP-Fraktion fordert die Einführung der sogenannten «Lizenzbox». Diese ist ein steuerliches Instrument, das Unternehmen mit hohen Aktivitäten im Bereich Forschung, Entwicklung und Innovation erlaubt, einen Teil der Gewinne reduziert zu versteuern. Steuerlich privilegiert werden dabei Erträge aus Immaterialgütern, also Erträge aus Lizenzen, Patenten, Marken, Mustern oder Modellen, Plänen oder geheimen Formeln und dergleichen. Als bisher einziger Kanton kennt Nidwalden

die Lizenzbox seit dem 1. Januar 2011. Die Steuerbelastung der Nidwaldner Lizenzbox beträgt 8,8 Prozent. Ähnliche steuerliche Bevorzugungen sind auch in EU-Ländern bekannt, wo die Gewinnsteuersätze je nach Modell zwischen 5 und 12 Prozent liegen. Unternehmen, die von solchen Lizenzboxen profitieren könnten, seien sehr mobil, hält die FDP-Fraktion in ihrer Motion fest. Sie benötigten wenig Personal und Infrastruktur, seien aber überdurchschnittlich profitabel und erzielten eine hohe Wertschöpfung. Damit könne ein erheblicher Beitrag zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit sowie zur Förderung des Forschungsstandortes Schwyz geschaffen werden, wird der parlamentarische Vorstoss begründet.

### **Volksschule kostet 253 Mio. Franken**

Die 33 Schulträger im Kanton Schwyz haben letztes Jahr netto 253 Mio. Franken für ihre Volksschulen ausgegeben. Die Gemeinden haben letztes Jahr 97,75 Mio. für die Primarschulen und 16,28 Mio. Franken für die Kindergärten ausgegeben. Die Bezirke haben für die Oberstufe 66,28 Mio. Franken aufgewendet. Dazu kommen weiter netto 6,1 Mio. Franken für die Musikschulen, 3,4 Mio. für die allgemeinen Schuldienste, 6,2 Mio. für die Schulverwaltung und 33,28 Mio. Franken für die Schulliegenschaften. Die Kosten für die Sonderschulen (1,76 Mio. Fr.) und den Schulgesundheitsdienst (415 000 Fr.) sind gering. Die Ausgaben pro Schüler schwankten zwischen 12 511 Franken und 27 628 Franken. Die Unterschiede sind zu einem Teil auf die Schulstrukturen zurückzuführen. So ist es ein Unterschied, ob eine Gemeinde einen einzigen zentralen Schulstandort führt oder wegen der geografischen Situation oder der Gemeindegrösse mehrere Schulen betreiben muss. Ebenfalls hat es direkte Auswirkungen, wenn eine Gemeinde in den letzten Jahren Schulanlagen erstellt hat und nun die höheren Amortisationsraten anfallen. Und schliesslich spielt der von den Behörden beantragte und vom Volk genehmigte Standard der Schule eine Rolle. So fällt auf, dass die reichen Schulträger wie Freienbach, Feusisberg oder der Bezirk Höfe pro Schulkind am meisten ausgeben. Ein Primarschüler kostet dort im Jahr mehr als 19 000 Franken, ein Oberstufenschüler sogar mehr als 27 600 Franken. Die günstigsten Primarschulen führen Ingenbohl (12 511 Fr. pro Schüler), Arth (12 641 Fr.) und Lachen (12 713 Fr.).

### **Finanzkontrolle kritisiert Anlagestrategie des Kantons**

Bereits in ihrem ersten Tätigkeitsbericht kritisiert die Finanzkontrolle die Regierung schonungslos. Vor allem die Anlagestrategie des Kantons beziehungsweise das Fehlen einer solchen wird bemängelt. Der Kanton Schwyz hatte Ende 2011 über 500 Mio. Franken frei verfügbare Gelder, die ausschliesslich in Festgeldern angelegt wurden. «Dadurch gehen substantielle Erträge verloren», erklärte Roland Pfyl, Vorsteher der Finanzkontrolle. Hochrechnungen hätten ergeben, dass in den letzten zehn Jahren zusätzlich ein Betrag im höheren zweistelligen Millionenbereich hätte generiert werden können. Finanzdirektor Kaspar Michel widerspricht: Mit öffentlichen Geldern dürfe nicht spekuliert werden.

### **Gewerbe bekämpft Fachkräftemangel**

Es komme immer wieder vor, dass er keine Bewerbung erhalte, wenn er eine Fachkraft suche, sagte der Gewerbeverbandspräsident Karl Fisch an der Delegiertenversammlung des kantonalen Gewerbeverbandes in Rothenthurm. Diese Erfahrung würden auch andere Gewerbler sowie Industrielle machen. Deshalb werde der Gewerbeverband zusammen mit dem Handels- und Industrieverein (H+I) in diesem Jahr diesem Thema besondere Aufmerksamkeit schenken. Mit Referaten soll auf das Thema aufmerksam gemacht und in Arbeitsgruppen Lösungsansätze erarbeitet werden. Der Gewerbeverband will den Lead übernehmen.

### **Jedes zehnte Unternehmen ist eine Briefkastenfirma**

Über 11 Prozent aller Firmen im Kanton Schwyz sind Briefkastenfirmen. Das zeigt eine Mitte Mai im Tages-Anzeiger veröffentlichte Studie. Ein Grossteil dieser Gesellschaften profitiert von grosszügigen Steuerabatten. Diese können dann gewährt werden, wenn der gesamte Umsatz des Unternehmens im Ausland erzielt wird. Der Kanton Schwyz liegt mit dem Anteil von 11,45 Prozent zwei Plätze hinter Zürich im hinteren Mittelfeld. Der Kanton Zug ist mit 25,27 Prozent der klare Spitzenreiter vor Glarus, Genf und dem Tessin. Der Kanton Schwyz ist gemäss diesem Ranking besser als sein Ruf. Der Schwyzer Handelsregisterführer Louis Chicherio vom Amt für Wirtschaft betont, dass der Kanton Schwyz Domizilgesellschaften nicht aktiv anwerbe.

### Erstes «Yoo»-Wohnprojekt vorgestellt

An der Etzelstrasse 17 in Wollerau entstehen 18 exklusive Eigentumswohnungen mit privatem Pool und Fitnessbereich. Es wird das erste so genannte «Yoo»-Projekt der Schweiz sein. Die äussere Erscheinung trägt die Handschrift des Stardesigners Philippe Starck. Dahinter steht die Peach Property Group, laut eigenem Prospekt führend bei der Entwicklung von luxuriösem Wohnraum im deutschsprachigen Raum. Sie baut zusammen mit «Yoo inspired by Starck» das erste Philippe Starck Wohnprojekt der Schweiz. Es heisst «Yoo Wollerau», als lokaler Partner ist die Firma Etzel-Immobilien beteiligt. Mit dem Projekt soll bewusst Kundschaft aus der Region angesprochen werden. Das Bedürfnis sei vorhanden, sagt Andreas Steinbauer von Peach Property. Die 18 Eigentumswohnungen mit 3,5 bis 6,5 Zimmern haben mit Verkaufspreisen zwischen 1,6 und 5,5 Mio. Franken einen stolzen Preis. Das Gebäude wird anstelle einer alten Industriebaute erstellt, bietet Seesicht, unter anderem ein privater Spa-Bereich mit Aussenpool und Lounges. Voraussichtlicher Bezugsstermin ist Ende 2015. Im Erdgeschoss sind drei Ate-liers vorgesehen.

### US-Inspektoren in Schwyzer Fabriken

Da staunt auch der Kantons-Chemiker: Inspektoren der US-Lebensmittelbehörde FDA haben gleich selber im Kanton Schwyz Kontrollen durchgeführt. So richtig direkt will die Schwyzer Lebensmittelkontrolle ihrem Erstaunen oder der Empörung nicht Ausdruck geben. Zwischen den Zeilen aber ist sie spürbar. Bisher wurden Schweizer Lebensmittelprodukte jeweils bei der Einfuhr in die USA kontrolliert. Jetzt sind erstmals US-Inspektoren selber vorbeigekommen und haben vor Ort Schweizer Fabriken inspiziert. Im letzten Herbst hat die amerikanische Food and Drug Administration (FDA) in der Schweiz 18 Käsereien und 21 Schokoladefabriken kontrolliert, darunter auch die Max Felchlin AG in Ibach. Die Behörden des Labors der Urkantone wurden durch dieses unübliche Vorgehen übergangen. Sie wurden lediglich eingeladen, als Beobachter dabei zu sein.

*Die Wirtschaftsmeldungen wurden aus Beiträgen im Bote der Urschweiz, dem Einsiedler Anzeiger, dem Höfner Volksblatt, dem March Anzeiger und der Schweizerischen Depeschenagentur (sda) zusammengestellt.*

---

## Binnenkonjunktur stützt Schweizer Wirtschaft inmitten Euro-Rezession

**Konjunkturprognosen der Expertengruppe des Bundes – Sommer 2013\*. Die Schweizer Wirtschaft konnte sich auch im Frühjahr 2013 trotz anhaltender Rezession im Euroraum relativ gut behaupten. Allerdings verläuft die Entwicklung nach wie vor uneinheitlich zwischen robuster Inlandkonjunktur und gedämpften Exporten. Dieses konjunkturelle Muster dürfte sich auch im weiteren Jahresverlauf fortsetzen, bei insgesamt moderater Wachstumsdynamik und weiter leicht steigender Arbeitslosigkeit. Die Expertengruppe behält ihre Einschätzung der letzten Prognose (von März) weitgehend bei und rechnet für 2013 mit einem BIP-Wachstum von 1,4%. Eine breiter abgestützte Konjunkturbelebung, die auch die Exportbereiche sowie den Arbeitsmarkt erfasst, wird für 2014 erwartet (BIP-Prognose +2,1%). Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die Weltwirtschaft Fahrt aufnimmt und insbesondere der Euroraum aus der Rezession findet, was derzeit noch ein erheblicher Unsicherheitsfaktor ist.**

### Internationale Konjunktur

Die internationale Konjunktur erholt sich weiterhin nur schleppend. Gebremst durch die Schuldenprobleme in vielen OECD-Ländern, dürfte die weltwirtschaftliche Wachstumsdynamik erst im Verlauf von 2014 spürbar Fahrt aufnehmen. Allerdings präsentiert sich das Bild zwischen den grossen Wirtschaftsräumen sehr uneinheitlich.

Die schwache Euroraum-Konjunktur wirkt weiterhin bremsend auf die Weltkonjunktur. Zwar ist die Schuldenkrise in den letzten Monaten an den Finanzmärkten weiter abgeebbt, was sich etwa in den gesunkenen Risikoprämien für Staatsanleihen der südlichen Peripherieländer widerspiegelt. Trotz dieser Entspannung findet der Euroraum bislang jedoch nicht aus der Rezession. Insbesondere in den südlichen Euro-Ländern ist im Spannungsfeld von finanzpolitischer Austerität, tiefgreifenden Strukturanpassungen und angeschlagenen Bankensektoren noch kein Ende der konjunkturellen Talfahrt in Sicht. Die belastenden Faktoren dürften nur sehr langsam nachlassen. So zeichnet sich etwa bezüglich Budgetkonsolidierung aus Rücksicht auf die schlechte Wirtschaftslage wohl eine gewisse zeitliche Flexibilisierung (sprich mehr Zeit für die Defizit-reduktion), aber keine grundsätzliche Abkehr vom Konsolidierungskurs ab. Vor diesem Hintergrund wird davon ausgegangen, dass die Wirtschaft des Euroraums im laufenden Jahr nochmals deutlich schrumpft (Annahme  $-0,7\%$ ) und sich erst 2014 langsam zu erholen beginnt ( $+0,9\%$ ), dies bei weiterhin ausgeprägten Länderdivergenzen zwischen Vorreitern wie zum Beispiel Deutschland, oder Österreich und Nachzüglern wie Italien, Spanien, aber auch Frankreich.

Im Vergleich zu den tiefgreifenden konjunkturellen und strukturellen Problemen des Euroraums präsentieren sich die Konjunkturperspektiven für andere Weltregionen freundlicher. In den USA hat die Wirtschaftserholung nach jahrelanger Durststrecke den Arbeitsmarkt

sowie den Bau- und Immobiliensektor erfasst und dadurch an Breite gewonnen. Die forcierte Budgetkonsolidierung, die sowohl Steuererhöhungen, als auch lineare Ausgabenkürzungen (sogenanntes «Sequester») umfasst, erscheint daher konjunkturell verkraftbar und sollte einem langsam voranschreitenden Aufschwung der US-Wirtschaft nicht im Wege stehen. In Japan haben sich die Konjunkturaussichten dank starker wirtschaftspolitischer Impulse aufgehellt. Neben der sehr expansiven Geldpolitik, die zu einer deutlichen Abwertung des Yen geführt hat und so die Exporte ankurbelt, werden neue Konjunkturprogramme aufgegleist; dies allerdings zum Preis einer weiter steigenden Staatsverschuldung. Die Schwellenländer wirken weiterhin als Stütze der Weltkonjunktur, auch wenn ihre gegenwärtige Wachstumsdynamik eher moderat und uneinheitlich nach Ländern verläuft. Während zahlreiche Volkswirtschaften in Asien Fahrt aufzunehmen scheinen, präsentieren sich die Konjunkturdaten in China nur durchwachsen, und Länder wie Brasilien sowie in Osteuropa tun sich schwer damit, aus der konjunkturellen Talsohle zu finden.

### **Konjunkturprognose Schweiz**

Die Schweizer Wirtschaft behauptet sich vor dem Hintergrund der Rezession im Euroraum nach wie vor relativ gut und konnte im 1. Quartal 2013 ein deutlich positives BIP-Wachstum ( $+0,6\%$  zum Vorquartal) verbuchen. Allerdings sind weiterhin deutliche Unterschiede zwischen der robusten Inlandkonjunktur und einer gedämpften Exportentwicklung auszumachen. Inlandorientierte Bereiche wie

Bau- und Immobilienwirtschaft sowie öffentliche und private Dienstleistungen profitieren von der stetigen Zuwanderung, den tiefen Zinsen und den relativ gesunden Staatsfinanzen (da keine Notwendigkeit für einschneidende Konsolidierungsprogramme wie in anderen Ländern). Exportorientierte Bereiche wie die Industrie, der Tourismus und andere konjunkturrempfindliche Sektoren leiden hingegen unter der Rezession im Euroraum sowie den Nachwirkungen der Frankenstärke.

Sieht man von den Schwankungen von Quartal zu Quartal ab, so befindet sich die Schweizer Wirtschaft seit geraumer Zeit (Mitte 2011) in einer Phase verlangsamten Wachstums. Auch der kontinuierliche leichte Anstieg der Arbeitslosigkeit – die (saisonbereinigte) Arbeitslosenquote stieg von  $2,7\%$  Anfangs 2012 auf  $3,2\%$  Ende Mai 2013 – ist ein Beleg, dass die Konjunktur trotz aller Widerstandsfähigkeit nicht ganz ungeschoren vom internationalen Umfeld bleibt.

Für die kommenden Quartale zeichnet sich keine grundlegende Veränderung der konjunkturellen Situation in der Schweiz ab: Die aktuellen Umfragen bei Firmen und privaten Haushalten zeigen ein gemischtes Stimmungsbild – weder eine akute Verschlechterung noch eine durchgreifende Aufhellung. Vor allem in der Industrie sind die Einschätzungen eher verhalten und durch eine relativ grosse Unsicherheit und entsprechend zurückhaltende Investitionsplanungen geprägt. Die Ausrüstungsinvestitionen dürften sich vorerst weiterhin schwach entwickeln und über das

gesamte Jahr betrachtet sogar schrumpfen. Die Aussichten für Exporte bleiben angesichts der hartnäckigen Rezession im Euroraum verhalten\*\*. Immerhin dürfte die Schweizer Exportwirtschaft davon profitieren, dass sich die Konjunkturperspektiven ausserhalb Europas, namentlich für Nordamerika und Asien, vergleichsweise freundlicher präsentieren. Deutlich positive Impulse können demgegenüber vom privaten Konsum und den Bauinvestitionen in der Schweiz erwartet werden.

Insgesamt rechnet die Expertengruppe für das laufende Jahr 2013 mit einem BIP-Zuwachs von 1,4%, was weitgehend der bisherigen Prognose von März (1,3%) entspricht\*\*\*. Eine breiter abgestützte Konjunkturbelebung, die auch die Exportbereiche erfasst, wird für nächstes Jahr erwartet, ein stärkerer Rückenwind von der Weltkonjunktur vorausgesetzt. Die bisherige Wachstumsprognose von 2,1% für 2014 wird unverändert beibehalten. Angesichts der moderaten Konjunkturaussichten dürfte eine Verbesserung der Arbeitsmarktlage noch einige Zeit auf sich warten lassen. Bei der Beschäftigung zeichnet sich nach wie vor kein Rückgang, jedoch eine gebremste Zunahme ab. Der langsame Anstieg der Arbeitslosenzahlen dürfte sich in den kommenden Monaten noch weiter fortsetzen, ehe im Verlauf des kommenden Jahres mit anziehender Konjunktur eine Trendwende nach unten einsetzen könnte. Im Jahresdurchschnitt rechnet die Expertengruppe (unverändert wie bisher) mit Arbeitslosenquoten von jeweils 3,3% für 2013 und 2014, nach 2,9% in 2012.

### **Konjunkturrisiken**

Als grösstes Konjunkturrisiko ist immer noch die Schuldenkrise im Euroraum anzusehen. Trotz der Beruhigung an den Finanzmärkten kann die Krise nicht als bewältigt angesehen werden, weil die südlichen Euro-Länder noch relativ weit von einer durchgreifenden wirtschaftlichen (strukturellen) Verbesserung entfernt sind. Wachsende soziale Spannungen und politische Uneinigkeit könnten die notwendigen Wirtschaftsreformen sowohl in den einzelnen Ländern, als auch auf europäischer Ebene (Stichwort ungeklärte Umsetzung der Bankenunion) gefährden, für neue Verunsicherung an den Finanzmärkten – allenfalls mit neuerlichem Aufwertungsdruck auf den Schweizer Franken – sorgen und letztlich die Konjunkturerholung im Euroraum noch weiter verschleppen. Ein weiteres weltwirtschaftliches Risiko betrifft die Schwellenländer, in denen die allgemein erwartete Wachstumsbelebung teilweise nur schwerlich Tritt fasst und noch nicht gesichert ist.

Neben diesen weltwirtschaftlichen Unsicherheitsfaktoren bleibt für die Schweiz ausserdem das «hausgemachte» Risiko einer Überhitzung an den Immobilienmärkten weiterhin zu beachten. Die Finanzierungskonditionen für Immobilien bleiben, historisch betrachtet, seit längerem sehr günstig, was die Nachfrage weiter anheizen kann.

\*Die Expertengruppe des Bundes für die Konjunkturprognosen publiziert viermal pro Jahr eine Prognose der konjunkturellen Entwicklung in der Schweiz. Die aktuelle Prognose von Juni 2013 wird hiermit kommentiert. Die aktuelle Ausgabe der «Konjunkturtendenzen», eine vierteljährliche Publikation des SECO, integriert diese Prognosen und vertieft weitere Aspekte der gegenwärtigen konjunkturellen Entwicklung.

\*\* Darüber hinaus wird die Entwicklung der Warenexporte und -importe im Jahr 2013 durch die Anpassung der Systematik des Aussenhandels mit Elektrizität ab Januar 2013 beeinflusst. Diese Anpassung reduziert die Veränderungsrate sowohl der Warenexporte als auch der Warenimporte im Jahresdurchschnitt 2013 gleichermassen um jeweils rund einen Prozentpunkt; Auswirkungen auf die Aussenhandelsbilanz sowie das BIP-Wachstum ergeben sich daraus indes nicht.

\*\*\*Diese leichte Anpassung ist bedingt durch die Integration des (guten) ersten Quartals 2013; die Einschätzung der Konjunkturlage für das laufende Jahr 2013 hat sich jedoch zwischen März und Juni nicht wesentlich verändert.

(SECO)

## Bericht zu den ökologischen Fehlanreizen im Steuer- und Subventionssystem

Die vom Parlament im Frühjahr 2010 verabschiedete Motion 06.3190 hat zum Ziel, das Steuer- und Subventionssystem des Bundes umweltverträglicher auszugestalten. Die Motion verlangt dazu einen Bericht und eine Vorlage zur Ökologisierung des Steuer- und Subventionssystems. Auf eine Sammelvorlage will der Bundesrat aus zwei Gründen verzichten: Neben den bereits beschlossenen oder geplanten Massnahmen ist das verbleibende Verbesserungspotenzial gering. Zudem ist es der Ansicht, dass die Fehlanreize im Rahmen separater Vorlagen zielgerichteter angegangen werden können, weil dies die Abstimmung mit anderen Reformen in den entsprechenden Politikfeldern erlaubt. Der Bundesrat beantragt deshalb die Abschreibung der Motion.

Insgesamt zeigt der Bericht auf, dass im bestehenden Steuer- und Subventionssystem des Bundes ein ökologisches Optimierungspotenzial vorhanden ist. Es werden zehn Fehlanreize identifiziert. Aus Umweltsicht können die identifizierten Fehlanreize je zur Hälfte den Ansatzpunkten «Energieverbrauch und Verkehr» sowie «Bodenverbrauch und -belastung» zugeordnet werden. Die Fehlanreize begünstigen die nicht nachhaltige Entwicklung in diesen Bereichen.

Verschiedene Korrekturmassnahmen wurden bereits eingeleitet oder sind geplant. Unter anderem und hauptsächlich betrifft dies die folgenden Positionen:

- Im Rahmen der Agrarpolitik 2014–2017 wurde die Abschaffung der Beiträge für Raufutter verzehrende Grossvieheinheiten (RGVE-Beiträge) und für die Tierhaltung unter erschwerenden Produktionsbedingungen (TEP-Beiträge) beschlossen. Die Subventionen sind abhängig vom Viehbestand und setzen damit Anreize für eine Mengenausweitung, was die Umwelt belastet (z. B. Methanemissionen).
- Als Teil der Berufsauslagen können bei der direkten Bundessteuer die Fahrkosten zum Arbeitsort abgezogen werden. Die Kosten langer Pendlerdistanzen werden damit gesenkt, was aus ökologischer Sicht ein Fehlanreiz darstellt. Die Begrenzung des Fahrkostenabzugs bei der direkten Bundessteuer auf 3000 Franken ist Teil des direkten Gegenvorschlags zur Volksinitiative «Für den öffentlichen Verkehr» des Verkehrsclubs der Schweiz (VCS).
- Das Chicagoer-Abkommen (internationales Abkommen zur Besteuerung des Luftverkehrs) legt fest, dass der internationale Flugverkehr nicht der Mineralölsteuer untersteht. Damit wird weltweit der grenzüberschreitende Flugverkehr begünstigt, was zu einer grösseren Nachfrage führt. Als Massnahme zur Beschränkung der Klimawirkung der Luftfahrt sieht der Bundesrat den Einbezug der Luftfahrt

in das CO<sup>2</sup>-Emissionshandelsystem der Schweiz (CH-ETS) und die Anbindung an das EU-ETS vor.

- Den Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung (direkte Bundessteuer) und damit auch eine Korrektur der zu tief festgesetzten Eigenmietwerte hat der Bundesrat zuletzt in der Stellungnahme zur Motion Streiff-Feller (12.3778) in Aussicht gestellt. Da der Systemwechsel bereits mehrfach abgelehnt wurde (z.B. Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Sicheres Wohnen im Alter») ist die Reform für den Bundesrat nicht prioritär.

Bei den übrigen Fehlanreizen wird aus verschiedenen Gründen empfohlen, keine Massnahmen zu ergreifen. So wäre beispielsweise die Ausdehnung der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe auf leichte Nutzfahrzeuge zu aufwändig in der Umsetzung. Bei den verbleibenden Fehlanreizen dürfte das ökologische Optimierungspotenzial zu gering sein. Die Beobachtung des Tatbestandes hingegen ist wichtig und richtig.

(EFV)

## Service public, Grundversorgung: nicht gerechtfertigte Aufregung

### Eine umstrittene Verfassungsbestimmung und eine kritisierte Volksinitiative

Anfangs Mai übergab der Bundesrat dem Parlament seine Botschaft zu einer neuen Verfassungsbestimmung im Zusammenhang mit der Grundversorgung..., um gleichzeitig zu empfehlen, diese Verfassungsbestimmung abzulehnen! Die Regierung musste diese Verfassungsbestimmung ausarbeiten, weil eine Motion des Parlaments von 2008 dies vom Bundesrat verlangt. Der Bundesrat versäumt es aber nicht, auf seine negative Einschätzung betreffend Nützlichkeit und Praktikabilität einer solchen Bestimmung in der Verfassung hinzuweisen.

Die Aktualität legt es nahe, einen Vergleich mit der Ende Mai bei der Bundeskanzlei deponierten Volksinitiative «Pro Service Public» zu ziehen. Diese fordert ein Gewinnverbot für alle im Rahmen der Grundversorgung erbrachten Dienstleistungen, gleichgültig ob sie von staatlichen oder privaten Unternehmen erbracht werden. Gleichzeitig wird auch gefordert, dass der Lohn der mit der Grundversorgung betrauten Personen nicht höher ist als derjenige von Angestellten in der Bundesverwaltung.

Spricht man von der Grundversorgung oder vom Service public, ist damit folgendes gemeint: der Zugang zu Postdienstleistungen, Telekommunikationsdienstleistungen oder Beförderungsdienstleistungen.

Weiter umfasst die Diskussion über den Service public die Garantie einer Mindestversorgung in gewissen Bereichen, den Kampf gegen den «Abbau» von Dienstleistungen und den Widerstand gegen Sparmassnahmen im Bereich der Grundversorgung, da davon ausgegangen wird, dass die Profiteure dieser Sparmassnahmen einzig die Geschäftsführer und Aktionäre der Unternehmen sind, welche die entsprechende Grundversorgung anbieten.

### Eine Bestimmung, die zu allgemein gehalten und daher interpretationsbedürftig ist

Die Volksinitiative wird ihren Lauf nehmen und es gilt, sorgfältig ihre Auswirkungen zu analysieren. Selbstverständlich geht es nicht an, dass die Unternehmen sich an den öffentlichen Geldern für die Erfüllung des Grundversorgungsauftrages bereichern und gleichzeitig die Qualität der Grundversorgung vernachlässigen. Weiter kann es auch nicht darum gehen, dass Unternehmen mit einem Grundversorgungsauftrag mittels Quersubventionierung private Unternehmen in anderen Tätigkeitsbereichen als demjenigen der Grundversorgung konkurrenzieren. Hingegen laufen der Verzicht auf Gewinn und die Lohnbegrenzung dem Ziel einer gesunden Unternehmensführung und einer dynamischen Entwicklung des Service public zuwider. Es ist bezeichnend, dass verschiedene Gewerkschaften diese Initiative ablehnen, da sie befürchten, dass die Initiative mehr Schaden anrichten wird, als sie Nutzen verspricht.

Die Vorlage für eine Verfassungsbestimmung (Vorlage 13.036) ist nun bereit, vom Parlament beraten zu werden. Da das Ziel der Vorlage sehr allgemein gehalten ist, könnte der Schluss gezogen werden, dass sie harmlos sei. Ihr allgemeiner Charakter macht sie aber umso schädlicher, da die entsprechende Verfassungsbestimmung einen grossen Interpretationsspielraum zulässt.

Der Bundesrat ist sich dieser Schwierigkeit bewusst. Er schlägt drei Varianten vor: Variante A besteht lediglich aus einem Handlungsauftrag an das Gemeinwesen: Bund und Kantone setzen sich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten für eine ausreichende, allen zugängliche Grundversorgung ein. Variante B übernimmt diese Formulierung, fügt dem aber einen Versuch hinzu, die Grundversorgung zu definieren, indem sie verschiedene Grundversorgungsbereiche als Beispiele nennt. Variante C schliesslich vervollständigt das Bild, indem Grundsätze aufgezählt werden, die ganz allgemein für die gute Funktionsweise und für die Finanzierung des Service public notwendig sind.

### Die Grundversorgung ist nicht gefährdet

Der Bundesrat liegt richtig, wenn er ausführt, dass keine seiner Optionen befriedigend ist und selbst das Prinzip einer allgemeinen Bestimmung nicht sinnvoll ist. Die Grundversorgung ist heute explizit in spezifischen Bereichen definiert, die historische Gründe

haben (Liberalisierung von Dienstleistungen, welche früher vom Staat erbracht wurden) und gemäss den spezifischen Eigenheiten jedes Grundversorgungsbereichs. Mit der Schaffung eines abstrakten Begriffs «Grundversorgung» lassen sich keine konkreten Regeln formulieren, die in den sehr unterschiedlichen Bereichen der Grundversorgung gleichermassen gelten können. Auf diese Weise öffnet man Tür und Tor für zahllose Forderungen – warum nicht im Bereich der

Ernährung, der Bekleidung, des Wohnraumes und des Transports? – um gleichzeitig das Risiko zu erhöhen, dass sich der heutige Service public in den verschiedenen Bereichen nicht weiterentwickeln kann.

Gegenläufig zu dem, was man so oft hört, sind wir weit von einer Demontage der Grundversorgung und des Service public entfernt. Manchmal trifft es zu, dass gewisse Einschränkungen des Service

public nicht vernünftig, andere zwar schmerzhaft, aber legitim sind; dies reicht aber nicht aus, um neue Prinzipien in die Verfassung einzumeisseln. Negative Beispiele in ausländischen Staaten sollten die Schweizerinnen und Schweizer von ihrer privilegierten Stellung überzeugen, wenn man sich vor Augen hält, zu welchen verheerenden Resultaten ein Service public führt, der nicht mehr in Frage gestellt werden darf.

(CP)

#### **webiplus – mit Weiterbildung zum Erfolg**

**Ab sofort gibt es im inneren Kantonsteil eine Adresse für die berufsorientierte Weiterbildung: webiplus. Das Angebot umfasst Sprach- und Informatikkurse, Lehrgänge, Nachholbildung und berufsbezogene Kurse auf verschiedenen Niveaus. Träger sind die Kaufmännische Berufsschule Schwyz und das Berufsbildungszentrum Goldau. Nähere Infos unter: [www.webiplus.ch](http://www.webiplus.ch).**

*«Webiplus – so heisst die neue Adresse für berufsorientierte Weiterbildung im inneren Kantonsteil.»*

Die Weiterbildungsabteilungen der Kaufmännischen Berufsschule Schwyz und des Berufsbildungszentrums Goldau bieten unter dem Namen «webiplus» ab Sommer 2013 ihre Weiterbildungsangebote gemeinsam an. Das Angebot umfasst Kurse in jenen Bereichen, die an den beiden Schulen unterrichtet werden. Konkret: Sprachen, Informatik, Lehrgänge Nachholbildung und berufsbezogene Kurse in den Bereichen Administration, Bau, Dienstleistung, Ernährung und Technik. Viele Kurse bereiten auf national oder international anerkannte Abschlüsse vor. Entstanden ist webiplus aus dem Zusammenschluss der Kaufmännischen Berufsschule Schwyz und des Berufsbildungszentrum Goldau im Bereich Weiterbildung. Beide Schulen sind in der Region verankert und ergänzen sich mit ihren praxisorientierten und innovativen Angeboten. Zu finden sind diese ab sofort auf einer gemeinsamen Website und in einer gemeinsamen Broschüre, die im August an alle Haushalte im inneren Kantonsteil verteilt wurde. «Dank diesem Zusammenschluss wird das Weiterbildungsangebot für die Region attraktiver und vielseitiger», ist Carlo Sommacal, der Leiter von webiplus, überzeugt.

#### **Webiplus**

- bietet eine berufsorientierte Weiterbildung für Erwachsene aller Ausbildungsstufen.
- ist ein zuverlässiger Partner für Berufsleute, Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteiger, Betriebe, Bildungsorganisationen und Wirtschaftsverbände.
- bietet die Möglichkeit für national und international anerkannte Abschlüsse.
- zeichnet sich aus durch einen hohen Bildungsanspruch.
- bietet praxisorientierte und innovative Bildungsleistungen an.
- ist in der Region verankert.

**Kontakt:** Leiter Weiterbildung  
Carlo Sommacal

Kaufmännische Berufsschule Schwyz  
Riedstrasse 19  
6430 Schwyz

Tel. 041 811 25 67  
[carlo.sommacal@webiplus.ch](mailto:carlo.sommacal@webiplus.ch)  
**[www.webiplus.ch](http://www.webiplus.ch)**

## Marktöffnung im Schweizer Postmarkt: Strukturwandel in (zu) kleinen Schritten

**Die Eidgenössische Postkommission (PostCom) attestiert der Post eine hohe Qualität und Erreichbarkeit in der Grundversorgung. Gleichzeitig entwickelt sich der Wettbewerb im Briefmarkt aufgrund des Restmonopols nur zögerlich. Die Schweiz gehört im wichtigsten Briefsegment weiterhin zu den teuersten Ländern in Europa. Die PostCom ist gefordert, zwischen den Wettbewerbern gleich lange Spiesse durchzusetzen.**

Die Eidgenössische Postkommission PostCom hat ihren ersten Tätigkeitsbericht veröffentlicht. Seit dem 1. Oktober 2012 obliegt ihr als Nachfolgerin der vormaligen PostReg die Aufsicht über die Grundversorgung mit Postdiensten. Der Bericht zieht eine gemischte Bilanz: Bei der Qualität der Grundversorgung, der Pünktlichkeit und der Erreichbarkeit erhält die Post gute Noten. Der Strukturwandel der schweizerischen Postlandschaft vollzieht sich jedoch in sehr kleinen Schritten.

Im Briefmarkt hält die Post dank ihrem gesetzlich geschützten Monopol auf Briefe bis 50 Gramm weiterhin eine klare Monopolstellung. Auch wenn sich einzelne Anbieter in Nischen etablieren, bleibt die Marktsituation für die Wettbewerber gemäss PostCom schwierig. Im geöffneten Teilmarkt über 50 Gramm konnten private Dienstleister ihre Volumina 2012 zwar deutlich steigern, die Post behält jedoch weiterhin einen Marktanteil von 98,7 Prozent. Entscheidend ist insbesondere das Geschäft mit den Geschäfts- und Grosskunden. Geschäftskunden machen mit ihren

grossen Versandaufträgen bei der Post drei Viertel des gesamten adressierten Briefaufkommens aus. In diesem für den Briefmarkt äusserst wichtigen Segment kann die Post dank wesentlicher Skalen- und Verbundeffekte sowie einer Modernisierung der Sortierzentren ihre Monopolstellung beibehalten.

Der fehlende Markt widerspiegelt sich auch in den Preisen: Gemäss PostCom verlangt die Post verhältnismässig hohe Preise in der wichtigsten Kategorie der Briefe bis 20 Gramm (41,7 Prozent der verschickten inländischen Briefe wogen unter 20 Gramm). Hier gehört die Schweiz 2012 erneut zu den teuersten Ländern Europas.

### **Paketmarktöffnung bringt Vorteile für Kunden und Wettbewerber**

Auch wenn die Post bei den Paketen noch immer stärkster Anbieter ist, hat sich die Liberalisierung im Paketmarkt positiv für Kunden und Wettbewerber ausgewirkt. Die Post hielt 2012 bei den inländischen Paketen der Grundversorgung bis 20 Kilogramm einen Marktanteil von 83 Prozent. Bei den Paketen bis 30 Kilogramm inklusive der Pakete der Express- und Kurierdienste hält sie einen Marktanteil von 73 Prozent, die privaten Postdienstleister erreichen mit 27 Prozent knapp einen Drittel. Der Wettbewerb hat die Preise und das Angebot verbessert. Die Paketdienstleister bieten vermehrt längere Öffnungszeiten, zusätzliche Annahmestellen und alternative Dienstleistungen an, holen beispielsweise Pakete direkt beim Kunden ab oder bieten mehrere Zustellungsversuche. Der Wettbe-

werbsdruck führt auch dazu, dass die Post ihre Dienstleistungen stärker nach den Kundenbedürfnissen ausrichtet.

### **Weniger Poststellen, mehr Agentur- und Hausservicelösungen**

Die Anzahl Poststellen hat 2012 erneut abgenommen, während die Anzahl Agenturen und Hausservicelösungen weiter anstieg. Ende Jahr wies die Post ein Netz von 1757 eigenbetriebenen Poststellen und 497 Agenturen aus (2011: 1851 Poststellen, 427 Agenturen und 1226 Hausservicelösungen). Agenturlösungen zeichnen sich dadurch aus, dass die Post mit Partnern wie zum Beispiel Einzel- oder Detailhändlern und Bahnen zusammenarbeitet. Die Kunden profitieren bei der «Post im Dorfladen» unter anderem von deutlich längeren Öffnungszeiten.

### **Viel Arbeit unter hohem Zeitdruck**

Der Bericht der PostCom zeigt: Es bleibt noch viel Arbeit unter hohem Zeitdruck. Neben der Anpassung des Poststellennetzes und den Verhandlungen des neuen Gesamtarbeitsvertrags sieht die PostCom auch bei der Regelung des Zugangs zu den Brieffachanlagen sowie dem Austausch von Adressen grosse Herausforderungen. Die PostCom muss dafür sorgen, dass alle Postdienste gleich lange Spiesse im Markt haben. 2015 wird der Bundesrat in seinem Evaluationsbericht eine vollständige Öffnung des Postmarkts neu prüfen. Der Briefpostmarkt sollte besser heute als morgen geöffnet werden, damit sich die wiederholt hohen finanziellen Gewinne der Post auch für deren Kunden auszahlen und der Markt belebt wird.

(economiesuisse)



---

*Die clevere  
Vorsorge aus  
Ihrer Region.*

**pensionskasse pro**  
6431 Schwyz  
t 041 817 70 10  
info@pkpro.ch  
www.pkpro.ch

**pensionskasse pro**  
*managed by Tellco*

## Grosshandelspreise (Basis Dezember 2010 = 100)

### Gesamtangebot

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>2011</b>	100,1	100,3	100,7	101,0	100,8	100,3	99,7	98,5	98,4	98,1	97,3	97,7
<b>2012</b>	97,7	98,4	98,8	98,7	98,5	98,2	97,9	98,3	98,7	98,6	98,5	98,6
<b>2013</b>	98,4	98,5	98,5	98,6	98,3							
<sup>1</sup>	+0,8	+0,1	-0,3	-0,1	-0,2							

### Produzentenpreise

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>2011</b>	100,1	100,0	100,2	100,3	99,9	99,7	99,3	98,5	98,4	98,3	97,5	97,8
<b>2012</b>	97,8	98,5	98,7	98,6	98,6	98,5	98,4	98,7	98,8	98,8	99,0	99,1
<b>2013</b>	99,0	99,0	99,0	99,2	98,9							

### Importpreise

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>2011</b>	100,0	100,9	101,9	102,5	102,8	101,6	100,5	98,5	98,2	97,7	96,9	97,4
<b>2012</b>	97,4	98,3	99,0	99,0	98,2	97,4	96,7	97,5	98,3	98,0	97,5	97,5
<b>2013</b>	97,3	97,6	97,5	97,5	97,0							

## Konsumentenpreise (Basis Dezember 2010 = 100)

### Totalindex

	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>2011</b>	99,6	100,0	100,7	100,8	100,8	100,5	99,7	99,4	99,7	99,6	99,4	99,3
<b>2012</b>	98,9	99,1	99,7	99,8	99,8	99,5	99,0	99,0	99,3	99,4	99,1	98,9
<b>2013</b>	98,6	98,9	99,1	99,1	99,2							
<sup>1</sup>	-0,3	-0,3	-0,6	-0,6	-0,5							

2011 <sup>2</sup>	2012 <sup>2</sup>	2012		2013				
		Nov.	Dez.	Jan.	Feb.	März	April	Mai

### Monatsindex (Dezember 2010 = 100)

		100	99,3	99,1	98,9	98,6	98,9	99,1	99,1	99,2
<b>Nach Gruppen von Gütern und Dienstleistungen</b>	<b>Totalindex</b>	100	99,3	99,1	98,9	98,6	98,9	99,1	99,1	99,2
	Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	98,3	97,4	96,8	97,0	97,8	97,5	98,0	97,9	98,7
	Alkoholische Getränke und Tabak	101,0	102,1	102,7	101,7	103,1	102,7	103,2	103,4	102,8
	Bekleidung und Schuhe	94,5	88,9	91,7	89,6	80,4	82,9	87,5	89	90,3
	Wohnen und Energie	101,7	102,5	102,3	102,2	102,1	102,5	102,2	102,1	102,3
	Hausrat und laufende Haushaltsführung	98,8	97,0	96,5	95,8	94,9	95,4	95,9	96,4	95,8
	Gesundheitspflege	100,2	99,9	99,7	99,3	99,1	99,1	99,1	99,1	99,1
	Verkehr	100,5	98,3	97,2	97,4	97,6	98,5	98,1	97,8	97,3
	Nachrichtenübermittlung	100,1	99,4	97,9	97,9	97,9	97,8	97,6	97,5	97,4
	Freizeit und Kultur	97,2	94,5	94,9	94,4	94,1	94	94,6	94,7	94,9
	Erziehung und Unterricht	100,3	102	102,9	103,1	103,1	103,1	103,1	103,1	103,1
	Restaurants und Hotels	101,6	102,2	101,8	102	103,1	103	103,2	103,1	103,1
Sonstige Waren und Dienstleistungen	100,4	100,5	100,4	100,4	100,7	101,2	100,8	100,9	101,0	
<b>Nach Herkunft und Art</b>	Inlandgüter	100,4	100,4	100,2	100,4	100,5	100,6	100,7	100,7	100,9
	Auslandgüter	98,7	96	95,8	94,7	93,3	94,3	94,8	94,9	94,8
	Waren	99,1	96,8	96,4	95,7	94,9	95,4	95,9	95,8	95,8
	Dienstleistungen	100,6	101	101	101,1	101,3	101,4	101,4	101,5	101,7

<sup>1</sup> Veränderungen in Prozenten zum Vorjahresmonat

<sup>2</sup> Jahresmittel

Die neuesten Zahlen der Grosshandels- und Konsumentenpreise erhalten Sie jederzeit unter <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/05.html>

# Voraussetzungen für die kommenden Generationen schaffen

Unser heutiger Wohlstand basiert primär auf den Vorleistungen und Investitionen der Vergangenheit. So betreiben wir Verkehrsinfrastrukturen, die zu grossen Teilen im 19. und 20. Jahrhundert erstellt wurden. Da haben Visionäre wie Alfred Escher dafür gesorgt, dass die Schweiz mit den Eisenbahnen eine moderne Verkehrsinfrastruktur erhalten hat. Unsere Grosseltern und Eltern haben mit positiven Abstimmungen dafür gesorgt, dass wir ein dichtes Autobahn- und Strassenetz haben. Beides nutzen wir heute intensiv, und unser Leben ohne diese Verkehrsinfrastrukturen wäre ganz anders.

Klar ist aber auch, dass bei der Konzeption und Umsetzung die negativen Auswirkungen dieser Infrastrukturen nicht oder zu wenig erkannt wurden. Deren heutige intensive Nutzung belastet uns zunehmend. Zersiedelung, Luftbelastung, Gewässerverschmutzung, Lärmbelastung und die finanziellen Folgekosten sind die Herausforderungen, denen wir uns heute stellen müssen. Neu dazu kommen das extrem steigende Mobilitätsbedürfnis unserer Gesellschaft und deren negativen Auswirkungen. Überfüllte Züge, exponentiell zunehmende Stauzeiten auf unseren Strassen und massiv steigende Kosten für Betrieb und Substanzerhaltung.

Ich gebe zu, die Herausforderungen, vor denen wir alle stehen, sind sehr gross. Aber das darf uns nicht davon abhalten, mutig anzupacken und diese zu lösen. Dazu sind wir aus meiner Sicht gegenüber unseren nachfolgenden Generationen verpflichtet.

Rückwärts gewandte oder dogmatisch verblendete Rezepte wie die Umverteilungsinitiative des VCS helfen uns und unseren nachfolgenden Generationen aber keinen Deut weiter. Das Leben hat uns nämlich zwei Dinge gelehrt:

1. Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben
2. Stillstand bedeutet Rückschritt

Ein erster mutiger Schritt wäre es, wenn wir unsere ideologischen Verkehrsgräben zuschütten und die Verkehrsinfrastrukturen von Strasse und Schiene als ein System zu Gunsten unserer nachfolgenden Generationen ökologisch und ökonomisch weiter entwickeln. Dafür muss die nachhaltige finanzielle Grundlage für das gesamte Verkehrssystem sichergestellt werden.

Die Bundespolitik hat nun einen ersten wichtigen Schritt in Richtung dieser neuen Zukunft getan. Mit FABI (Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur) werden die Substanzerhaltung und die Erweiterung der Schieneninfrastruktur auf eine nachhaltige Basis gestellt und die bisherig befristeten Finanzierungen durch einen neuen unbefristeten

Bahninfrastrukturfonds abgelöst. Zusätzlich wurde auch die finanzielle Ausgestaltung dieses neuen Fonds nachhaltig gelöst.

Damit ist aber nur ein erster Schritt getan. Wichtig ist nun, dass auch für die Strasse eine vergleichbare Lösung gefunden wird und diese, analog zu FABI, auch mit den dafür notwendigen finanziellen Mitteln ausgestattet wird. Es mag für den geneigten Leser etwas seltsam anmuten, dass der Leiter eines Bahnunternehmens sich für die Anliegen der Strasse stark macht. Aber ich erinnere daran, dass der öffentliche Verkehr zu über 50% über unsere Strassen abgewickelt wird und wir daher auf eine gut funktionierende Strasseninfrastruktur angewiesen sind.

Im Moment habe ich manchmal etwas den Eindruck, dass wir alle wie das Kaninchen vor der Schlange sitzen und darauf warten, gebissen zu werden. Aus meiner Sicht hilft da nur eines: Nicht zurückweichen, sondern ein mutiger Sprung über die Schlange hinweg und der offenen Prärie entgegen.

Als Stimmbürgerinnen und Stimmbürger werden wir im Herbst die Gelegenheit haben, mit einem deutlichen Ja an der Urne zu FABI, einen ersten mutigen Sprung in die nachhaltige Mobilitätszukunft zu wagen.

Thomas Küchler  
CEO Schweizerische Südostbahn AG

## Generalversammlung des H + I des Kantons Schwyz

Am **Montag, 2. September 2013, ab 16.15 bis ca. 21.30 Uhr**, lädt der H+I seine Mitglieder zur **Generalversammlung** ein. Es freut uns sehr, **Herrn Guglielmo L. Brentel, Präsident der hotelleriesuisse**, an der diesjährigen GV als Referenten zum Thema **«Schweizer Hotellerie: Trends – Herausforderungen – und ein Blick nach Österreich»** begrüßen zu dürfen.

Die Generalversammlung findet im **Seedamm Plaza in 8808 Pfäffikon/SZ** statt. Wir bitten Sie, diesen Termin vorsorglich zu reservieren; die Einladungen werden erst später versandt.

Diese Ausgabe wird gesponsert von  
**pensionskasse pro,**  
**Bahnhofstrasse 4, 6430 Schwyz,**  
**[www.pkpro.ch](http://www.pkpro.ch)**

Nr.	Datum	Sponsor		
443	29. 11 2012	Meister & Co. AG, Schmuckmanufaktur, Hauptstrasse 66, 8832 Wollerau	453	24. 10 2013 A. Bruhin AG, Schaumstoff-Verarbeitung, Brügglstrasse 2, 8852 Altendorf
444	16. 12 2012	Räber AG, Distillerie, Luzernerstrasse 151, 6403 Küsnacht am Rigi	454	28. 11 2013 Meister & Co. AG, Schmuckmanufaktur, Hauptstrasse 66, 8832 Wollerau
445	24. 01 2013	Bruhin & Diethelm AG, Maschinenbau, Leuholz 23, 8855 Wangen SZ	455	17. 12 2013 Wyrsh Unternehmerschule AG, Weinbergstrasse 10, 8807 Freienbach
446	21. 02 2013	720 Grad AG, Architekturbüro, Bahnhofstrasse 1, 8852 Altendorf	456	24. 01 2014
447	28. 03 2013	Elektrizitätswerk Schwyz AG, Strehlgasse 11, 6430 Schwyz	457	21. 02 2014 Mattig-Suter und Partner Schwyz, Treuhand- und Revisionsgesellschaft, Bahnhofstrasse 28, 6431 Schwyz
448	25. 04 2013	Schweizerische Mobiliar, Generalagent Roland Egli, Lachen, Generalagent Stephan Annen, Schwyz	458	28. 03 2014
449	30. 05 2013	OMIDA AG, Homöopathische Arzneimittel, Erlistrasse 2, 6403 Küsnacht a.R.	459	25. 04 2014
<b>450</b>	<b>27. 06 2013</b>	<b>pensionskasse pro, Bahnhofstrasse 4, 6430 Schwyz</b>	460	30. 05 2014
451	29. 08 2013	MAB Möbelfabrik Betschart AG, Hauptstr. 178, 6436 Muotathal	461	27. 06 2014 PVA AG, Böden Holzwerkstoffe, Talstrasse 8, 8852 Altendorf
452	26. 09 2013	Schwyzner Kantonalbank, Bahnhofstrasse 3, 6431 Schwyz	462	29. 08 2014
			463	26. 09 2014 Schwyzner Kantonalbank, Bahnhofstrasse 3, 6431 Schwyz
			464	24. 10 2014
			465	28. 11 2014
			466	17. 12 2014